

**Ergebnisprotokoll**  
**der 5. Sitzung der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung,**  
**Energie und Landwirtschaft vom 07.01.2016**

Beginn: 14.30 Uhr

Ende: 15.30 Uhr

**Anwesende: I Deputation**

**1. vom Senat**

Herr Senator Dr. Lohse  
Herr Staatsrat Meyer  
Frau Staatsrätin Friderich

**2. von der Bürgerschaft**

**SPD-Fraktion**

Herr Hamann  
Herr Crueger  
Frau Schiemann  
Herr Pohlmann

**CDU-Fraktion**

Frau Neumeyer  
Herr Strohmann in Vertretung für Herrn  
Imhoff

**Fraktion  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Herr Saffe in Vertretung für Frau Dr.  
Schierenbeck (zeitweise)  
Frau Dr. Schaefer

**Die Linke**

Frau Bernhard in Vertretung für Herrn  
Janßen

**FDP-Fraktion**

Herr Buchholz in Vertretung für Herrn  
Schomaker

**II Verwaltung**

Herr Dr. Sünemann  
Frau Zimmermann  
Frau Windeler  
Frau Prof. Dr. Reuther  
Herr Polzin  
Herr Viering  
Frau Kamp  
Herr Musiol  
Frau Jüngst  
Herr Eickhoff  
Herr Tittmann  
Frau Pieper  
Herr Donaubaer

Der Senator für Umwelt, Bau und  
Verkehr

ASV  
BBN

**III Gäste**

Herr Dr. Steinbrück	Landesbehindertenbeauftragter
Herr Kunst	ENO
Herr Ernst	ENO
Herr Strauss	BSAG
Herr Siol	BSAG

**IV Gastdeputierte**

Herr Senkal	SPD-Fraktion
Frau Sprehe	SPD-Fraktion
Herr Saxe	Bündnis 90/Die Grünen
Herr Bücking	Bündnis 90/Die Grünen
Herr Scharf	CDU-Fraktion

**Herr Pohlmann** begrüßt die Mitglieder und Gäste der 5. Sitzung der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft.

**Frau Bernhard** berichtet, dass der ehemalige Deputierte **Herr Arndt** verstorben sei.

Die Deputation bittet Frau Bernhard der Fraktion und den Angehörigen die Anteilnahme der Deputierten und der Verwaltung zu übermitteln.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird aus aktuellem Anlass das Thema **Winterdienst** erörtert.

**Herr Senator Dr. Lohse** berichtet, dass der heftige Wintereinbruch dazu geführt habe, dass es bis zu Beginn dieser Woche sehr schwierig gewesen war, im öffentlichen Raum voran zu kommen. Dies habe alle Verkehrsmittel betroffen. Zum Teil seien diese Beeinträchtigungen jahreszeit- und wetterbedingt und daher unvermeidlich. Trotzdem werde man die Situation kritisch bewerten und überprüfen, ob Abläufe korrekt funktionieren oder optimiert werden müssten. Es wurde dazu bereits eine Reihe von Einzelgesprächen mit der ENO, mit dem ASV und anderen Dienstleistern geführt. Wichtig sei ihm die Klarstellung, dass es keine Einsparungen im Winterdienst gegeben habe. Die Auftragslage für die Dienstleister sei die gleiche wie in den vorangegangenen Jahren, zum Teil seien die Budgets dynamisiert und an gestiegene Personal- oder Energiekosten angepasst. Gegenüber den Ausgangsverträgen sei eine Reihe von Konkretisierungen und auch Prioritätenfestsetzungen vorgenommen worden. Wo sich Beschwerden häufen, werde mit den betroffenen Akteurinnen und Akteuren gesprochen und geprüft, ob die Auftragslage für die Wettersituation noch passe, aber auch, ob die beauftragten Unternehmen so gearbeitet haben, wie es vereinbart war. Zusätzlich sei ein Gespräch mit allen Akteurinnen und Akteuren gemeinsam geplant, insgesamt seien es sieben verschiedene Dienstleister für verschiedene Teile des öffentlichen Raumes. Daneben gebe es aber auch private Räumpflichten der Anlieger, die sich dessen nicht immer bewusst seien. Hier bedürfe es der Sachaufklärung.

**Herr Staatsrat Meyer** ergänzt, dass der Leistungsvertrag, der bereits 1998 für die Bereiche südlich der Lesum mit der ENO geschlossen worden sei, nicht gekürzt, sondern bei der Vertragsnachverhandlung 2009 sogar angepasst worden und zudem an Gehalts- und Energiekosten indexiert sei. Der Leistungsumfang sei identisch mit dem, was davor durch den stadtteigenen BEB geleistet wurde. Nördlich der Lesum sei der UBB zuständig und für die Autobahnen und Zubringer das ASV.

**Herr Crueger** stellt fest, dass man in Bremen nicht dauerhaft mit einer solchen Wetterlage zu rechnen habe und sowohl die Räumdienste als auch die Bürgerinnen und Bürger entsprechend wenig Übung im Umgang damit hätten. Trotzdem könne künftig einiges verbessert werden, insbesondere im Innenstadtbereich, wo die Ansprüche zumal deutlich andere seien, als am Stadtrand. Er bitte daher das Ressort zusätzlich alle Akteurinnen und Akteure, die für die Schneeräumung in der Innenstadt zuständig seien, an einen Tisch zu holen. Dies seien die dortigen Anlieger, denen dies zum Teil gar nicht klar sei und auf der anderen Seite die BSAG, die ENO usw. Man müsse gemeinsam bewerten, ob die derzeitigen Regelungen noch sinnvoll seien. Gerade in Bereichen, in denen Zuständigkeiten aneinandergrenzen, könne mit Absprachen eine deutliche Besserung erreicht werden.

**Frau Bernhard** nimmt zur Kenntnis, dass es keine Einsparung gegeben habe. Umso weniger verstehe sie, wie es zu solchen Problemen kommen konnte. Es sei zu erwarten, dass in den nächsten Wochen erneut Schnee falle. Die unübersichtlichen Zuständigkeiten und dadurch geringen Eingriffsmöglichkeiten der Stadt halte sie für extrem bedenklich. Streusalz sei immer noch das probate Mittel, was nicht immer dienlich sei. Sie fragt nach der Einstufung der Prioritätenliste. Einerseits habe man in den Nebenstraßen mit „Schneebergen“ zu rechnen, andererseits seien in der Innenstadt zum Teil ähnliche Verhältnisse wie in den Randgebieten anzutreffen. Weiter möchte sie wissen, wann der „Schneegipfel“ stattfinden solle und wie schnell mit einer Besserung zu rechnen sei.

**Herr Buchholz** fasst zusammen, dass es keine Einsparungen gegeben habe und die Probleme bei einem solchen Wetterumschwung die üblichen gewesen seien. Andererseits seien die Wettervorhersagen heutzutage so konkret und genau wie nie. Positiv sei anzumerken, dass in Vegesack bereits am frühen Mittag eine breite Spur in der gesamten Fußgängerzone geräumt gewesen war, was auch für den Innenstadtbereich wünschenswert wäre. Dies sei eine Frage der Koordination und der verschiedenen Zuständigkeiten, nicht so sehr des Geldmitteleinsatzes.

**Frau Dr. Schaefer** schließt sich diesem Punkt an. Man könne sehen, dass unterschiedliche Agierende und Verantwortliche da seien. Deshalb rede man darüber, ob in Zukunft die Winterdienste möglicherweise auch rekommunalisiert werden sollten. Beim Straßendienst wie beim Schneedienst, gäbe es Flächen, bei denen niemand wisse, wer eigentlich dafür zuständig sei. Dies müsse verbessert werden. Aus Süddeutschland habe sie gehört, dass dort der Schnee oft gar nicht erst geräumt, sondern eine Schneedecke belassen werde. Diese sei auch ihrer Erfahrung nach deutlich griffiger. Positiv sei ihr aufgefallen, dass weniger Salz gestreut werde, gerade auch von den Winterdiensten.

**Frau Sprehe** problematisiert die mangelnde Koordination der einzelnen Dienstleister untereinander. Der Fußweg werde zur Straße gefegt. Dann komme der Schneeschieber und lagere die Schneemassen am Straßenrand vor dem Bürgersteig ab, so dass die Fußgänger entweder über einen breiten Matschstreifen oder einen Schneehügel müssen, wenn sie die Straße überqueren wollen. Dies sei dringend verbesserungsfähig. In Straßenbereichen, die viel frequentiert würden, wie die Sögestraße, müsse ganz klar gesagt werden, dass und in welchem Umfang die Anlieger den Schnee zu räumen haben. Dies sei gerade in diesem Jahr in der Sögestraße nicht erfolgt.

**Herr Saxe** weist darauf hin, dass es beim Thema Mobilität immer auch um die Gleichberechtigung der Verkehrsarten gehe. Auch bei der Schneeräumung sollte man alle Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer im Blick haben. Hier sei die Gleichberechtigung der Verkehrsarten gerade für zu Fuß Gehende nicht erfüllt. Dies müsse besser werden. Geschäftsinhaberinnen oder -inhabern sei normalerweise klar, dass sie für die Schneeräumung vor ihrem Geschäft verantwortlich seien. Oft werde der Winterdienst dort an private Unternehmen abgegeben. Diese müssten daher in den Schneegipfel einbezogen werden.

**Herr Dr. Steinbrück** begrüßt, dass das Thema in der Deputation angesprochen werde. Gerade für Menschen mit Mobilitätsbeeinträchtigungen sei Schnee eine zusätzliche Barriere. Dies betreffe gleichermaßen Menschen, die mit einem Kinderwagen unterwegs sind, einen Rollator benutzen, im Rollstuhl sitzen oder mit dem weißen Stock durch den Schnee müssten. Die Probleme in Bremen seien vor allem eine Frage der Koordination. Aus diesen Erfahrungen könne man lernen und besser werden.

**Herr Saffe** erinnert daran, dass diese Wetterlage auch als Mahnung der Natur betrachtet werden könne, im Alltagstrott inne zu halten und die üblichen Gewohnheiten und Geschwindigkeiten zu überdenken. Natürlich müsse dafür gesorgt werden, dass die Menschen auch bei Schnee zu Fuß und mit dem Fahrrad zur Arbeit kommen können. Aber man könne nicht erwarten, dass bei Schneefall die Straßen sofort frei seien. Hier sei die Natur einfach stärker als die Menschen.

**Herr Staatsrat Meyer** stellt klar, dass der sogenannte Schneegipfel ein Arbeitstreffen sein werde. Man werde mit den Betroffenen zusammenkommen und prüfen, ob die Aufträge wie vereinbart ausgeführt wurden und wo Verbesserungen möglich seien und ggf. andere Prioritäten gesetzt werden sollten. Die Aufgaben im Winterdienst der ENO würden in einer Dienstanweisung festgelegt. In der ersten Dringlichkeitsstufe seien bestimmte Straßen definiert, die zuerst geräumt würden. Diese würden bei andauerndem Schneefall auch fortlaufend gereinigt. Danach kommen die Straßen in der Prioritätsstufe zwei.

Für die Fußwege seien in den überwiegenden Fällen private Anlieger verantwortlich, jeweils vor dem eigenen Grundstück. Nach der Dienstanweisung mit der ENO sei das Streuen von Salz nur auf den Prioritätsstraßen vorgesehen. In der ersten Dringlichkeitsstufe solle der Arbeitsbeginn eine Stunde nach Glättebeginn erfolgen und die Straßen innerhalb von drei Stunden abgearbeitet sein. Die Fahrradpremiumroute Universität sei zwar nicht in der ersten Dringlichkeit, aber mit Priorität in die Dienstanweisung aufgenommen worden.

**Herr Ernst** (ENO) bedankt sich zuerst ausdrücklich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die drei Tage mit fast durchgehendem Schneefall bei -5 °C und steifem Ostwind hart gearbeitet haben. Bei dieser Witterung setze die Tauwirkung von Salz nicht sofort ein, so dass es bis Dienstagabend gedauert habe, die Straßen frei zu bekommen. Die Idee eines Runden Tisches, eines Schneegipfels sei gut und die ENO dazu immer gesprächsbereit. Gerade im Innenstadtbereich könne man sicher noch einiges besser machen. Vielen Bürgerinnen und Bürgern sei nicht klar, in welcher Priorität was erledigt werde und wer zuständig sei. Auf Radwegen werde nicht mit Salz gearbeitet, nach mehreren Tagen Schnee bilde sich dort entsprechend auch Eis und das Material lasse sich nicht einfach mit Wintersdienstgeräten entfernen. Die ENO fahre soweit möglich nachts raus, weil dann außerhalb des laufenden Verkehrs gearbeitet werden könne, ohne Fußgänger und Autofahrer zusätzlich zu beeinträchtigen. Das Streuen und Schieben werde üblicherweise mit den Handtruppen koordiniert.

Die ENO habe in den letzten Jahren die Ressourcen im Winterdienst nicht reduziert. Bei der Nachverhandlung der Leistungsverträge habe man über Leistungszahlen, Mitarbeiterzahlen und Fahrzeuge gesprochen. Heute liege die ENO über dem, was damals vereinbart worden sei. Die letzten vier Tage waren eine besondere Situation und die ENO werde die Erfahrungen auswerten.

Die Wettervorhersagen waren in den letzten vier Tagen sehr schwankend gewesen, mal wurde Glätte angekündigt, mal fünf Zentimeter Schnee, dann fünfzehn Zentimeter Schnee. Diesmal sei man vom Wetter überrascht worden, auch aufgrund der anderslautenden Wettervorhersage.

**Herr Siol** (BSAG) bestätigt, dass auch die BSAG entsprechend der Wettervorhersage mit deutlich weniger Schnee gerechnet habe. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter seien seit Sonntagmittag rund um die Uhr im Einsatz. Die Stadt werde in sieben Bezirke aufgeteilt, die durch Subunternehmer abgeleistet werden. Zusätzlich unterstütze die BSAG in den Bereichen der Knotenpunkte, wie an der Domsheide mit eigenem Personal. Diesmal war es erforderlich, die Weichen mit Brennern eisfrei zu machen. Der Tatsache geschuldet, dass deutlich mehr Schnee kam, als angenommen, gab es Anlaufschwierigkeiten. Hinzu kam der Ausfall eines Dienstleisters für mehrere Bezirke. Dies sei inzwischen im Griff. Ansonsten habe sich die Dienstanweisung wieder als sehr sinnvoll erwiesen. Es sei alles sehr gut organisiert. Hinzu komme, dass Verträge alle zwei Jahre neu ausgeschrieben und dabei auch jeweils optimiert würden.

**Herr Strauß** ergänzt, dass aufgrund des erhöhten Schneeaufkommens und durch die Befahrung durch Busse und PKW in den Knotenpunkten, speziell hier an der Domsheide, der Schnee massiv in die Weichen gepresst wurde, was die dort eingebauten Heizungen, nicht mehr bewältigen konnten. Die Weichen mussten daher mit Brennern aufgetaut werden. Dies habe zu erheblichen Verkehrsbehinderungen geführt.

**Herr Pohlmann** bittet darum, die Anregungen und Fragestellungen der Deputation in den „Schneegipfel“ einzubeziehen und über die Ergebnisse in der Deputation zu berichten.

**Herr Senator Dr. Lohse** bedankt sich ausdrücklich bei den Kolleginnen und Kollegen der BSAG, der ENO, ASV, UBB und der weiteren eingebundenen Unternehmen für ihren engagierten Einsatz „rund um die Uhr“.

<b>TOP 1</b>	<b>Genehmigung der Tagesordnung</b>	
--------------	-------------------------------------	--

Beschluss:

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft stimmt der vorgelegten Tagesordnung zu.*

*Einstimmig*

<b>TOP 2</b>	<p><b>Liste der abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft sowie der Bremischen Bürgerschaft</b></p> <p>-02-</p>	L/S
--------------	--	-----

Beschluss:

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft stimmt der vorgelegten Liste der abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie sowie der Bremischen Bürgerschaft zu.*

*Einstimmig*

<b>TOP 3</b>	<p><b>Neufassung von Rechtsverordnungen zur Bremischen Landesbauordnung</b></p> <p>-FB 01-</p>	Vorlage 19/68
--------------	--	------------------

**Herr Saxe** bittet darum, den Verordnungstext gendergerecht zu überarbeiten. Der Beschlussvorschlag wird entsprechend ergänzt.

Beschluss:

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (L) stimmt den vorgelegten Verordnungsentwürfen inhaltlich zu und bittet den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr, den Text vor der Veröffentlichung geschlechtergerecht zu überarbeiten.*

*Einstimmig*

<b>TOP 4</b>	<p><b>Berichte der Verwaltung</b></p>	
<b>TOP 4a)</b>	<p><b>Wechsel der Zuständigkeit für den Aufgabenbereich Landwirtschaft vom Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen zum Senator für Umwelt, Bau und Verkehr</b></p> <p>-3, 1 -</p>	BdV schriftlich

**Herr Saffe** verbindet mit der Zuordnung des gesamten Landwirtschaftsbereichs beim Senator für Umwelt, Bau und Verkehr die Hoffnung, dass Projekte wie Biostadt Bremen und die Förderung des ökologischen Landbau insgesamt weiter vorangebracht werden und dazu führen, dass sich auch die Kommunen mit ihrer Kaufkraft bei der öffentlichen Beschaffung, insbesondere für die Mensen und Kantinen dafür einsetzen, dass dort immer mehr Produkte aus der ökologischen Landwirtschaft und artgerechten Tierhaltung auf den Teller gelangen.

**Frau Bernhard** möchte wissen, ob es richtig sei, dass der Bereich Landwirtschaft in zwei unterschiedlichen Referaten im Hause SUBV angesiedelt sei.

**Herr Senator Dr. Lohse** erklärt, dass geplant sei, die ökologische Landwirtschaft und die konventionelle Landwirtschaft in einem Referat anzusiedeln.

**Herr Musiol** ergänzt, dass die tatsächliche Umsetzung mit einem Personalübergang verbunden sei und entsprechend Mitbestimmungsvorgänge erforderlich seien. Auch die räumliche Unterbringung sei noch nicht abschließend geklärt. Haushaltstechnisch sei der Übergang zum 1.1.2016 erfolgt. Auch wenn es sicher auch Dissensbereiche gegeben habe, so habe auch in der Vergangenheit eine Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Referaten stattgefunden. Dies werde nun innerhalb einer Abteilung noch leichter. Das Referat 30 habe auch Naturschutzaufgaben und man habe bewusst davon abgesehen, die Landwirtschaft in einem Naturschutzreferat einzugliedern.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (L) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

<b>TOP 5</b>	<b>Verschiedenes</b>	
--------------	----------------------	--

**Berichtswünsche zu einer der nächsten Sitzungen:**

<b>Hundekotbehälter</b>	Schriftlicher Berichtswunsch von <b>Herrn Imhoff</b>	<b>Geplant am 10.03.2016</b>
<b>Sachstandsbericht zur Umsetzung der geplanten Rußpartikelfilterpflicht bei Baumaschinen</b>	Schriftlicher Berichtswunsch von <b>Frau Sprehe</b>	<b>Geplant zu einer der nächsten Sitzungen</b>

**Herr Pohlmann** schließt die 5. Sitzung der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft und dankt den Anwesenden für ihre Teilnahme.

Vorsitzender

Protokoll